

# Landtag erhöht den OKP-Staatsbeitrag

Mit knapper Mehrheit erhöht der Landtag den OKP-Staatsbeitrag um 3 Millionen auf 38 Millionen Franken. Damit sollen die steigenden Gesundheitskosten abgedeckt werden. Für den einzelnen Prämienzahler bedeutet dies eine Entlastung von 7.20 Franken pro Monat.

Daniela Fritz

Die Kosten in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) steigen wieder deutlich, im vergangenen Jahr um 7 Prozent auf fast 210 Millionen Franken. Der Staat beteiligt sich daran unter anderem mit dem Staatsbeitrag an den OKP-Kosten für die übrigen Versicherten. Die Regierung wollte diesen Betrag unverändert bei 35 Millionen Franken belassen.

Das letzte Wort hat aber jeden Juni der Landtag – und obwohl am Mittwoch im Hohen Haus niemand einen «Basar» wollte, gingen dann doch noch zwei unterschiedliche Anträge um Erhöhung des Staatsbeitrags ein. Die Freie Liste beantragte wie angekündigt 42 Millionen Franken, also 7 Millionen mehr als der Regierungsvorschlag und bisherige Staatsbeitrag. Eine Million Franken Staatsbeitrag bedeutet auf den einzelnen Prämienzahler umgemünzt eine um 2.40 Franken tiefere Prämie pro Monat – der Vorschlag der Freien Liste hätte demnach eine jährliche Entlastung von gut 200 Franken gebracht. Mit Ausnahme der VU-Abgeordneten Manfred Kaufmann und Dagmar Bühler-Nigsch konnte die Freie Liste jedoch keine weiteren Mitstreiter für ihr Anliegen finden.

## «Pflasterlipolitik» statt Ursachenbekämpfung

Der Vorschlag klinge auf den ersten Blick zwar sozial und solidarisch, sei aber nicht nachhaltig, bezeichnete der VU-Abgeordnete Günter Vogt den Antrag als «Pflasterlipolitik». Denn die Kostensteigerung im



Schliesslich konnte Thomas Hasler (FBP) eine Mehrheit von einer Erhöhung um 3 Millionen Franken überzeugen.

Gesundheitswesen werde damit zwar abgedeckt, die Ursachen würden allerdings nicht beseitigt. Im Gegenteil, so fehle der Anreiz, um Kosten einzusparen. Vogt kritisierte, dass die Politik dem Mengen- und Kostenwachstum zu wenig gegen-gesteuert habe: «Mein Eindruck ist, dass man sich auf der KVG-Revision ausruht.» Der DpL-Abgeordnete Thomas Rehak sprach sich ebenfalls gegen eine Erhöhung aus. Das Volk müsse merken, dass die Kosten steigen. Nur so steige der Druck auf die Politik, Gegenmassnahmen zu setzen.

«Ich bin auch der Meinung, dass die Kostentreiber gestoppt werden müssen. Aber bis wir das umgesetzt haben, tut es vielen Bürgern im Land weh»,

verteidigte Patrick Risch (FL) den Antrag seiner Partei. Angesichts des Überschusses von 373 Millionen Franken in der Landesrechnung 2023 sei es nur fair, der Bevölkerung etwas zurückzugeben.

«Vielleicht finden wir im Licht der Debatte einen sachlichen Grund, um den Staatsbeitrag zu erhöhen», schaltete sich der stellvertretende Abgeordnete – und frühere Geschäftsführer des Krankenkassenverbands – Thomas Hasler (FBP) ein, um wenig später selbst einen Antrag auf eine Erhöhung um drei Millionen Franken zu stellen. «Aus gesundheitsökonomischer Sicht würde ich das nicht tun. Aber bevor wir die grosse Giesskanne nehmen...», meinte Hasler. Mit den drei



Georg Kaufmann (FL) scheiterte hingegen mit dem Antrag seiner Fraktion, den Beitrag um 7 Millionen zu erhöhen. Bilder: Nils Vollmar

Millionen würden die Prämienzahler um den Betrag entlastet, um den die Gesundheitskosten gestiegen sind. «In der Vergangenheit hat die FBP noch gesagt, dass 3 Millionen nur ein Tropfen auf dem heissen Stein sind. Man merkt, es ist Wahljahr», konnte sich Vize-Landtagspräsidentin Gunilla Marxer-Kranz (VU) nicht verkneifen.

«Wenn Sie sich weigern, die Giesskanne der Kopfgeldprämie aus der Hand zu geben, müssen wir eben diese Giesskanne in die Hand nehmen», konterte Patrick Risch Haslers Antrag mit Verweis auf die FL-Initiative für erwerbsabhängige Krankenkassenprämien. «Erwerbsabhängige Prämien eliminieren Elemente der Eigenverantwortung wie den Selbst-

behalt, sind eine Riesenbelastung für den Mittelstand und eine versteckte Steuererhöhung», fand wiederum Hasler.

## Eigenverantwortung der Versicherten vermisst

«Viele Menschen sind besorgt wegen der Krankenkassenprämien, wirklich sparen will die Mehrheit aber nicht», wunderte sich Günter Vogt. Er verwies darauf, dass nicht nur die Krankenkassenprämien, sondern auch die Löhne gestiegen sind. Im Jahr 2006 wendete gemäss Vogt ein Haushalt rund 5,6 Prozent seines Bruttoeinkommens für die OKP-Prämien auf, 2023 waren es rund 7 Prozent. «Das ist eine Steigerung – aber kaum eine Explosion», so Vogt.

Wendelin Lampert (FBP) merkte an, dass jeder Versicherte seine Prämien selbst über die Wahl höherer Franchisen senken könnte. «Das bedingt selbstverständlich, dass man das nötige Geld dafür hat. Aber ich glaube, dass ein Grossteil diese Mittel hätte», so Lampert. Auch Gesundheitsminister Manuel Frick sah einen eklatanten Widerspruch darin. Er plädierte dafür, den Staatsbeitrag bei 35 Millionen Franken zu belassen. Zu hohe Staatsbeiträge würde die hohen Gesundheitskosten überdecken. Regierungschef Daniel Risch gab zudem zu bedenken, dass 35 Millionen Franken in etwa den Kosten für die neue Landesbibliothek entsprechen würden – aber eine laufende Ausgabe seien.

Von einigen Abgeordneten wurde auch die jüngste Studie der Stiftung Zukunft.li aufgegriffen. Demnach sind die Gesundheitskosten pro versicherter Person in Liechtenstein um rund 20 Prozent höher als im benachbarten Rheintal. «Bereits in der Kurzfassung wird klar, dass vieles hausgemacht ist», so Daniel Oehry (FBP). Wie die Studienautoren feststellten, wählen in der Schweiz deutlich mehr Versicherte eine höhere Franchise als in Liechtenstein. Dadurch profitieren sie von tieferen Prämien und nehmen Gesundheitsleistungen bewusster und sparsamer in Anspruch.

Schliesslich stimmte eine knappe Mehrheit von 14 Abgeordneten aber zumindest für den Antrag aus der FBP: Der OKP-Staatsbeitrag wird demnach neu 38 Millionen Franken betragen.